

PRESSEMITTEILUNG

Zweckverband Bioabfall Schwaben – Notwendige Investition oder kommunaler Markteingriff?

München, 15. Juni 2026 – Der Ausschuss für Umwelt und Technik des Alb-Donau-Kreises berät heute über einen möglichen Beitritt des Landkreises zum geplanten „Zweckverband Bioabfall Schwaben“. Der VBS Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e. V. bewertet die Planungen für eine neue interkommunale Biogasanlage am Standort Vöhringen kritisch und hält das Vorhaben aus wirtschaftlicher Sicht für nicht erforderlich.

Nach den bisherigen Planungen wollen die Landkreise Alb-Donau-Kreis, Biberach, Heidenheim, Neu-Ulm und Sigmaringen sowie die Städte Memmingen und Ulm einen Zweckverband gründen, um künftig gemeinsam eine Biogasanlage zu errichten und zu betreiben. Als Begründung werden insbesondere fehlende Verwertungskapazitäten für Bioabfälle angeführt. Diese Darstellung weist der VBS entschieden zurück. Private Entsorgungsunternehmen haben in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhebliche Investitionen in moderne Anlagen und dezentrale Verwertungskapazitäten getätigt. Sie stellen sich regelmäßig dem Wettbewerb im Rahmen öffentlicher Ausschreibungen und gewährleisten eine zuverlässige sowie wirtschaftliche Entsorgung.

Aus Sicht des VBS besteht daher weder ein Kapazitätsmangel noch die Notwendigkeit, mit öffentlichen Mitteln neue kommunale Anlagen in Konkurrenz zu bestehenden privatwirtschaftlichen Strukturen aufzubauen. Die mittelständisch geprägte Entsorgungswirtschaft verfügt bereits heute über leistungsfähige und zukunftsfähige

Verwertungskapazitäten. Mit seiner Kritik steht der VBS nicht allein. Auch der Wirtschaftsbeirat Bayern, die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft sowie der Bund der Steuerzahler in Bayern haben zuletzt öffentlich erhebliche Bedenken gegenüber dem Projekt geäußert.

VBS-Präsident Stefan Böhme: *„Angesichts der geplanten Millioneninvestitionen zulasten der Gebührenzahler sollten die zuständigen Kreisräte sorgfältig prüfen, ob bestehende, steuerzahlende Unternehmen tatsächlich durch ein gebührenfinanziertes Kommunalunternehmen verdrängt werden sollen. Die Entscheidung des Kreistags Unterallgäu, eine Beteiligung an diesem Projekt mit deutlicher Mehrheit abzulehnen, zeigt, dass es berechtigte Zweifel an der wirtschaftlichen Sinnhaftigkeit des Vorhabens gibt. Wir hoffen, dass diese Entscheidung auch bei den Beratungen im Alb-Donau-Kreis Berücksichtigung findet.“*

Der VBS erinnert daran, dass die Soziale Marktwirtschaft auf dem Grundsatz „so viel Markt wie möglich, so wenig Staat wie nötig“ beruht. Kommunale Wirtschaftstätigkeit sollte sich auf jene Bereiche beschränken, in denen private Anbieter keine ausreichenden Leistungen erbringen können. Im Bereich der Bioabfallverwertung ist dies nach Auffassung des Verbandes nicht der Fall.

Die privaten Entsorgungsunternehmen gewährleisten seit vielen Jahren eine zuverlässige, wirtschaftliche und nachhaltige Verwertung von Bioabfällen. Gleichzeitig investieren sie kontinuierlich in moderne Technologien und innovative Anlagen. Neue kommunale Wettbewerber auf einem funktionierenden Markt würden bestehende Investitionen gefährden und könnten langfristig zu höheren Belastungen für Gebührenzahler führen.

Kontakt:

Rüdiger Weiß

Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V.

Ottostr. 5

80333 München

Tel.: +49 (0)89 - 76 70 01 70

Email: info@vbs-ev.bayern